

Haushaltsrede des Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerers

zur Einbringung des

Haushalts- und Investitionsplanes 2016 - 2019

am 03. November 2015

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Mathias Krümpel

Es gilt das gesprochene Wort!!!



Stadt Rheine
Leben an der Ems
Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Rheine
sowie die Vertreter der örtlichen Medien,

liebe Rheinenserinnen und Rheinenser!

Ludwig Erhard, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister sagte einmal: „*Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.*“

Dieser Satz des von vielen Menschen als Begründer des „deutschen Wirtschaftswunders“ geltenden Politikers gilt insbesondere auch in Bezug auf die öffentlichen Finanzen. Die nahezu täglichen internationalen Meldungen zu den Finanzkrisen öffentlicher Haushalte zeigen uns nur zu gut, dass ein Wirtschaften über unsere Verhältnisse auf Dauer nicht durchhaltbar und letztlich unsozial ist, da die unweigerlich kommenden Einschnitte nur noch heftiger werden.

Planung, also die gedankliche Vorwegnahme künftiger Ereignisse, ist immer mit vielen Unbekannten belastet. Je weiter im Vorfeld geplant wird, umso schwieriger, da viele Zahlen einfach noch nicht vorliegen. Dennoch halte ich es für richtig und wichtig, den Haushaltsplan frühzeitig in die Gremien einzubringen. Gesetzlich wäre sogar noch eine Verabschiedung des Haushaltes 2016 in diesem Jahr vonnöten gewesen.

Die kommunale Haushaltssituation bleibt trotz des Stärkungspaktes Stadtfinanzen – von dem Rheine im Übrigen nicht profitiert – und aller weiteren Maßnahmen der Landesregierung weiter schwierig. So hat eine aktuelle Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW unter seinen 359 Mitgliedskommunen gezeigt, dass nur 36 Mitgliedskommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen: Dies bedeutet, dass nur jede zehnte Kommune den eigentlich von der Gemeindeordnung als Normalfall geforderten Zustand erreicht.

Auch 2016 können wir in Rheine keinen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorlegen. Es ist unser aller Aufgabe, dieses Ziel in Rheine zu erreichen.

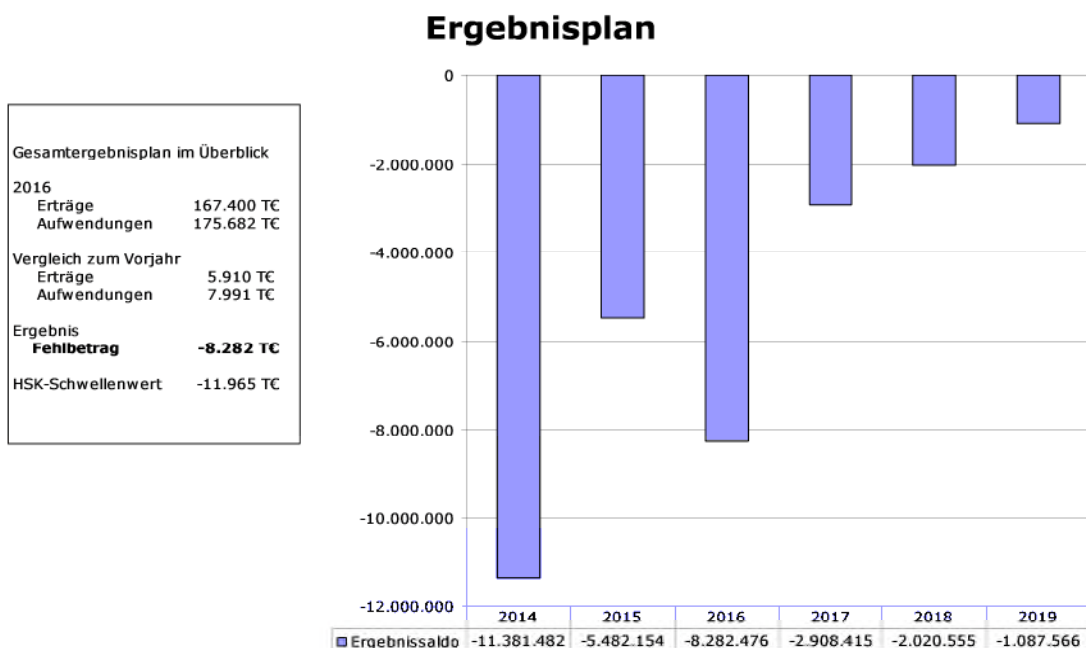
Ein erster Schritt wäre es, keine neuen Aufgaben zu übernehmen, solange die bisherigen nicht durchfinanziert sind. Sollten wir die Aufwandsseite nicht herunterfahren können, bleiben nur Steuererhöhungen, um wieder ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Ich halte es für gerecht, die jetzige Generation mit den jetzigen Kosten zu belasten.

Kommen wir zur Haushaltsplanung 2016; Die Haushalts- und Finanzplanung 2016 – 2019 wurde unter folgenden, unveränderten Zielsetzungen entwickelt:

Die Haushalts- und Finanzplanung 2016 - 2019 wurde unter folgenden unveränderten Zielsetzungen entwickelt:

1. Reduzierung des strukturellen Defizits
2. Verhinderung eines Haushaltssicherungskonzeptes, notfalls durch weitere Anhebungen der Hebesätze für die Grundsteuer
3. langfristig: Abbau der Verschuldung für Investitionskredite - kurzfristig: keine Netto-Neuverschuldung
4. Budgetausweitungen im Ergebnisplan nur bei unabweisbarem Bedarf

Auf dieser Basis wurden auch die Budgetgespräche mit den Fachbereichen geführt. Ich möchte Ihnen nun die Eckdaten des Ergebnisplanes 2016 vorstellen:



Im Gesetz - genauer im § 75 der Gemeindeordnung - heißt es: „Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.“ Leider können wir dem Gesetz an dieser Stelle nicht genüge tun.

Der Jahresabschluss 2014 weist ein Defizit i. H. v. 11,4 Mio. € aus. Auch 2016 werden wir mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 8,3 Mio. € rechnen müssen. Den Erträgen in Höhe von 167,4 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von 175,7 Mio. € gegenüber. Der Saldo i. H. v. 8,3 Mio. € ergibt ein strukturelles Defizit, welches nur durch eine weitere Verringerung des Eigenkapitals ausgeglichen werden kann. Diese Zahl macht deutlich, dass wir noch nicht da angekommen sind, wo wir hinkommen müssen.

Das nächste Schaubild zeigt den dramatischen Eigenkapitalverzehr seit 2006 in Höhe von rd. 117 Mio. €.

Entwicklung des Eigenkapitals seit NKF

2006 Anfangsbestand 348,4 Mio. €

2016 Endbestand 231,0 Mio. €

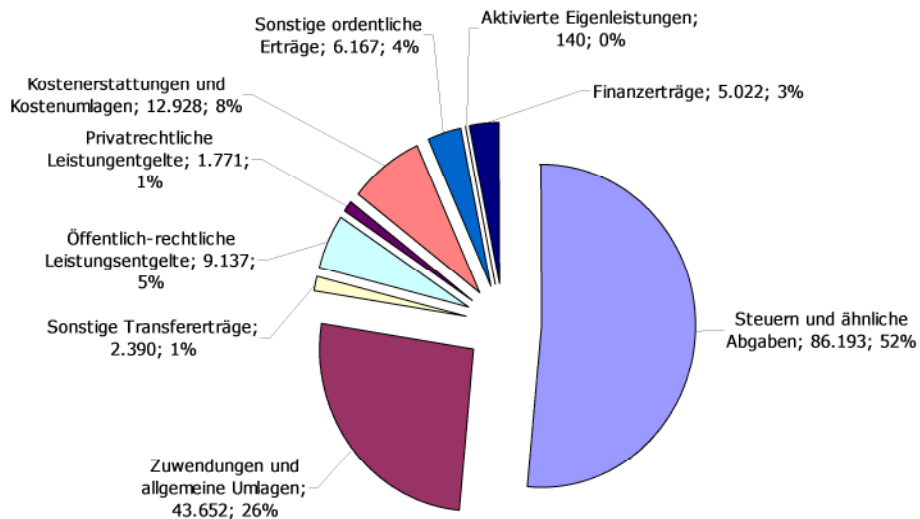
Verzehr 117,4 Mio. € (ca. 34 %)



Auch wenn wir Ende 2016 noch ein rechnerisches Eigenkapital von rd. 231 Mio. € in der Bilanz ausweisen können, jeder Eigenkapitalverzehr bringt uns aufgrund der geringeren Schwellenwerte näher an die Haushaltssicherung.

Schauen wir uns nun die Ertragsseite an. Hier möchte ich Ihnen die wichtigsten Einnahmepositionen der Stadt Rheine erläutern.

Erträge 2016 in TEUR

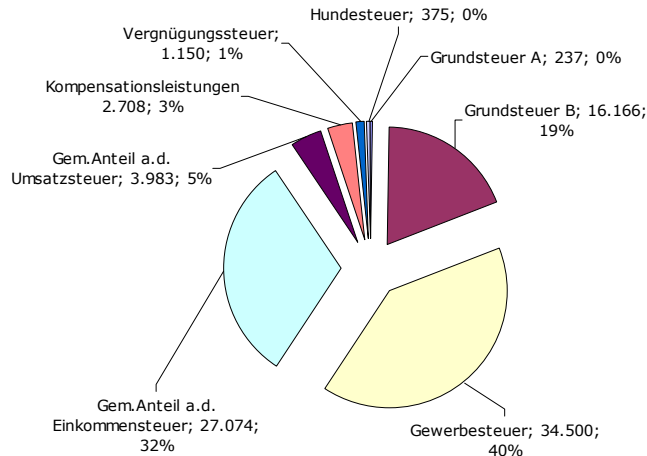


Wie in den Vorjahren bleiben die Steuern und ähnlichen Abgaben die wichtigste Ertragskomponente. Das Steueraufkommen in Höhe von 86,2 Mio. € entspricht rund 52 % der gesamten Erträge.

Schauen wir uns daher die Steuerzusammensetzung noch einmal genauer an.

Steuern 2016 in TEUR

Vergleich zu 2015	988 TC
Grundsteuer A	8 TC
Grundsteuer B	128 TC
Gewerbsteuer	-971 TC
Gem.Anteil. Einkommensteuer	1.472 TC
Gem.Anteil. Umsatzsteuer	100 TC
Kompensationsleistungen	53 TC
Vergnügungssteuer	150 TC
Hundesteuer	48 TC



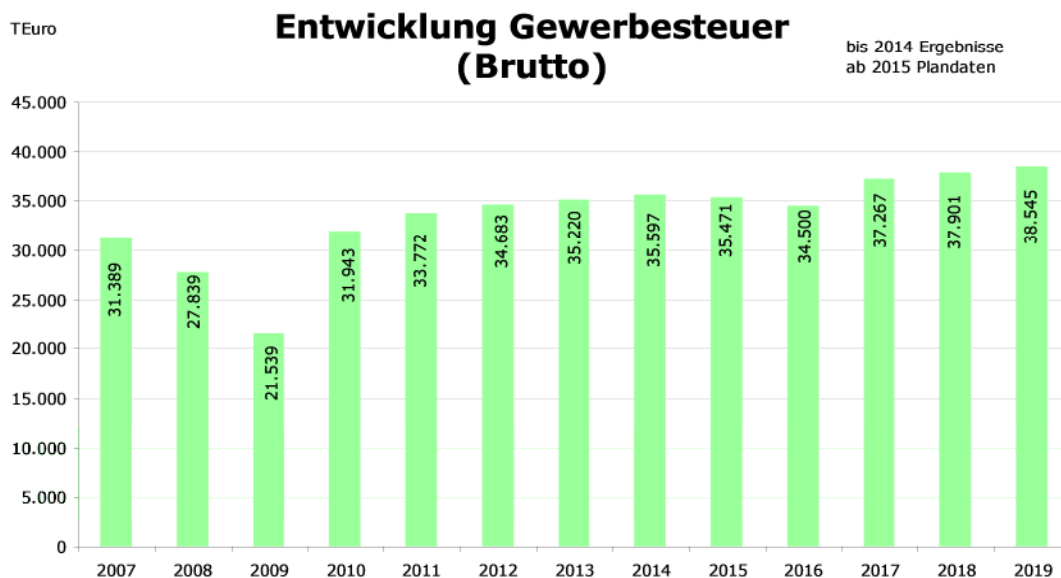
Wichtigste Steuerquelle bleibt auch 2016 die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen in Höhe von 34,5 Mio. €. Das sind rund 40 % der gesamten Steuererträge.

Die Realsteuern beabsichtigen wir in 2016 konstant zu halten. Die derzeitigen Hebesätze für die

Grundsteuer A	310 v.H.
Grundsteuer B	600 v.H.
Gewerbsteuer	430 v.H.

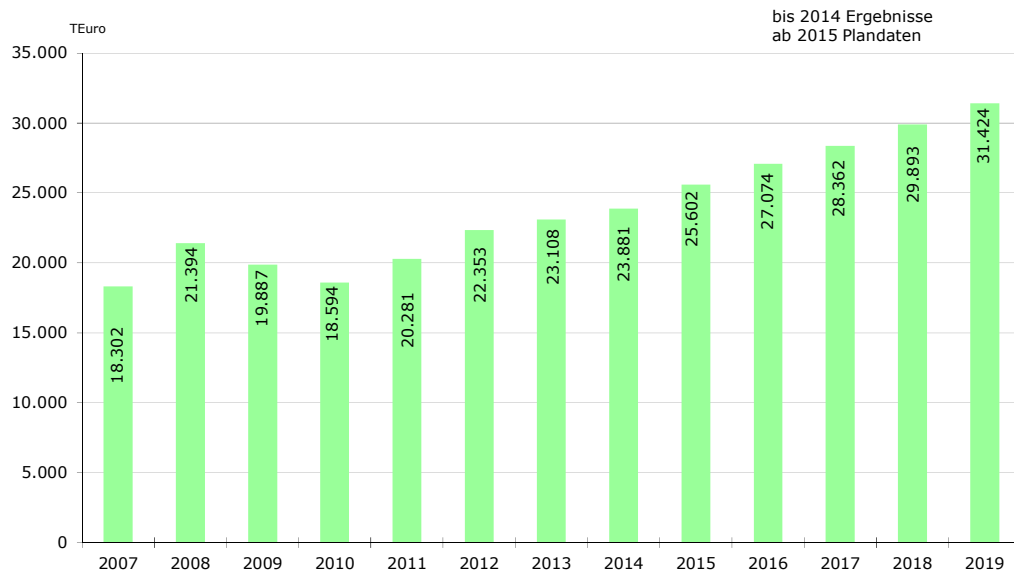
werden somit unverändert bleiben.

Wie im Vorjahr haben wir einen möglichen Generationenzuschlag für Sie zur Information ermittelt. Wenn wir bei Beibehaltung aller Aufgaben und Förderhöhen einen ausgeglichenen Haushalt haben wollten, dann müssten wir den Hebesatz der Grundsteuer B auf 908 v.H. erhöhen. Das wäre eine zusätzliche Nettobelastung von rund 250 € jährlich für ein Grundstück von 520 qm bei rund 140 qm Wohnfläche.



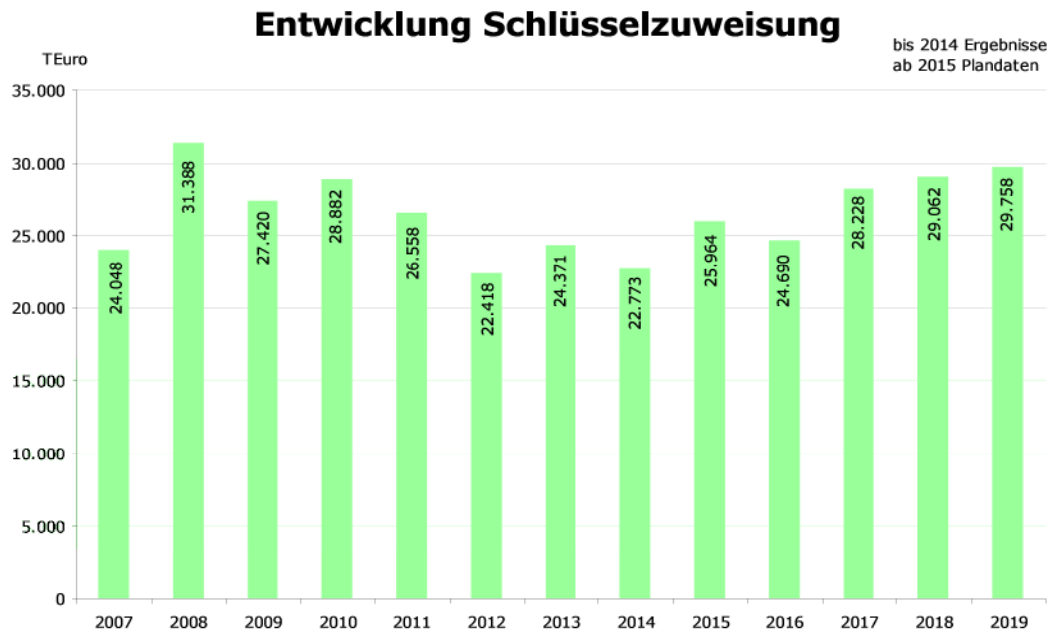
Bei der Gewerbesteuer werden wir 2016 die Ansätze gegenüber 2015 um rd. 1 Mio. € auf 34,5 Mio. € zurücknehmen. Auf der Grundlage von Einmaleffekten rechnen wir in 2016 mit Gewerbesteuerrückzahlungen in nicht unerheblicher Höhe. Die insgesamt positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer wird dadurch – einmalig – geschmälert. Auch bei der Planung für 2015 mit 35,5 Mio. € sind wir schon unter unseren Vorjahreswerten sowie um 1,5 Mio. € unter den Orientierungsdaten des Landes geblieben und agieren damit als vorsichtige Kaufleute. Die Gewerbesteuer ist und bleibt jedoch ein wichtiges Element, um vom Tropf des Landes unabhängiger zu werden.

Entwicklung Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer



Neben der Gewerbesteuer ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach wie vor ein wichtiger Bestandteil unserer Steuerkraft. Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergeben rund 71 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine. Beide Steuerarten sind in ihrem Aufkommen direkt von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Die Rheinenser haben erfreulicherweise durchschnittlich mehr verdient als in Vorjahren. Wir können daher für 2015 hier Zuwächse in Höhe von 1,5 Mio. € auf rd. 27,1 Mio. € erwarten.

Ein anderer wesentlicher Punkt in der Ausfinanzierung der gemeindlichen Leistungen sind die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen des Landes NRW.



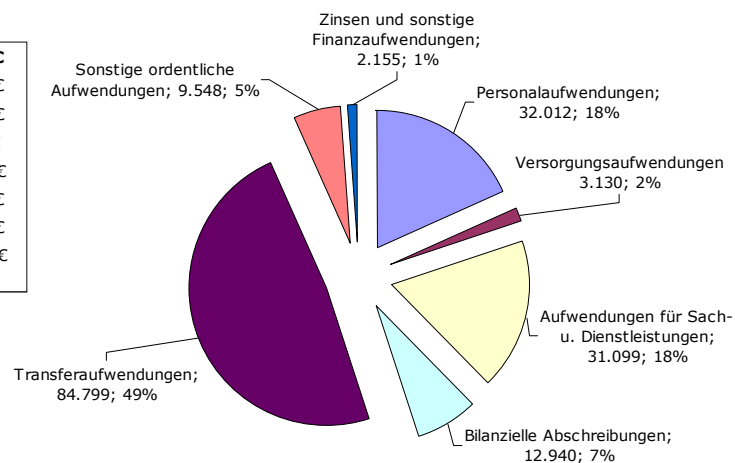
Bei den Schlüsselzuweisungen wird es zu den im Entwurf dargestellten 24,7 Mio. € Schlüsselzuweisungen für 2016 noch zu einer erfreulichen Verbesserung auf 25,9 Mio. € kommen. Ursächlich ist hierbei im Wesentlichen die gestiegene Finanzausgleichsmasse, über die wir aber leider erst nach Auf- und Feststellung des Haushaltsplanes informiert wurden. Andererseits erhöht sich dadurch aber auch die Kreisumlage um 0,4 Mio. €. Wir werden die neuen Beträge in den endgültigen Haushaltsplan aufnehmen. Der Städte- und Gemeindebund hält das Ziel des Gemeindefinanzierungsgesetzes, eine interkommunale Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, grundsätzlich für verfehlt. Für diese Einschätzung gibt es auch gute Gründe.

Ich will heute Ihren Blick vielleicht auf eines der Grundübel beim GFG lenken. Das Land stellt den Kommunen als Grundlage der zu verteilenden Schlüsselzuweisungen - die sogenannte Verbundmasse - 23 Prozent seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und der Umsatzsteuer zur Verfügung. Dieser Anteil lag Mitte der 80er Jahre noch bei 28,5 Prozent. Gemessen an den aktuellen GFG Zahlen werden somit den NRW-Kommunen lt. Städte- und Gemeindebund jährlich rd. 2,3 Mrd. € entzogen. Die Absenkung des Verbundsatzes in den GFG der Jahre 1982, 1983 und 1986 markiert zeitlich auch den Beginn des Aufwuchses der Kommunalverschuldung in Nordrhein-Westfalen.

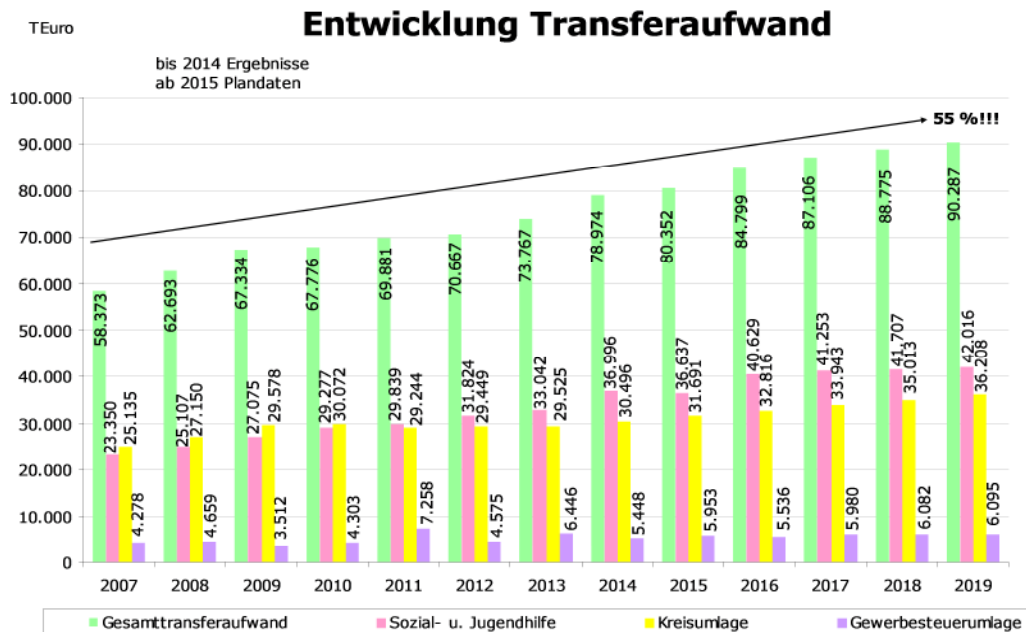
Das nächste Bild zeigt die Zusammensetzung der Aufwandsblöcke. Auf dieser Seite der Medaille liegt auch unser Kernproblem. Wichtigste Aufwandsarten sind weiterhin die Transferaufwendungen und die Personalaufwendungen, die aber bereits dicht gefolgt werden von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Aufwendungen 2016 in TEUR

Vergleich zu 2015	7.991 T€
Personalaufwendungen	1.431 T€
Versorgungsaufwendungen	220 T€
Aufw. Sach- und Dienstleistungen	2.047 T€
Bilanzielle Abschreibungen	-467 T€
Transferaufwendungen	4.447 T€
Sonst. ordentliche Aufwend.	387 T€
Zinsen und sonst. Finanzaufw.	-74 T€



Transferaufwendungen



Lassen Sie uns einige Aufwandsarten gesondert betrachten. Die Transferaufwendungen sind dabei mit einem Betrag in Höhe von 84,8 Mio. € auf der Aufwandsseite der bestimmende Posten. Die Transferaufwendungen setzen sich insbesondere aus den Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen, der Kreisumlage sowie der Gewerbesteuerumlage zusammen. Ich muss wohl nicht gesondert erwähnen, dass die Position Transferaufwand seit Jahren nur eine Himmelsrichtung kennt.

Ein Blick auf Aufwendungen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, also der Fachbereich 2 – Jugend, Familie und Soziales –, zeigt seit 2007 alleine in diesem Bereich einen Anstieg von 23,4 Mio. € auf für 2016 vorgesehene 40,6 Mio. €. Das bedeutet ein Plus von rd. 17,2 Mio. € in 10 Jahren. Bei niedrigen Zinsen und einer vergleichsweise sehr guten Beschäftigungsquote im Kreis Steinfurt sind das schon Zahlen, die einen zum Nachdenken anregen. Dieser zusätzliche Aufwand muss im Haushalt aufgefangen werden.

Zum Kreishaushalt sieht das Eckdatenschreiben des Kreiskämmerers für 2016 einen strukturell ausgeglichenen Kreishaushalt vor, der ohne eine Nettoneuverschuldung auskommt. Ein höherer Hebesatz ist demnach nicht vorgesehen. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, dennoch steigt bei einem gleichbleibenden Hebesatz der Zahlbetrag der Kreisumlage aufgrund des Mitnahmeeffektes durch höhere Umlagegrundlagen insgesamt um 7,53 Mio. €. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rd. 4,7 %. Es ist festzustellen, dass eine Steigerung des Kreisumlagezahlbetrages in den letzten drei Jahren in Höhe von kreisweit insgesamt 19,3 Mio. € (= +12,9 %!) angesichts der Haushaltslage der Kommunen im Kreis Steinfurt nur schwerlich zu

verkräften ist. Dieser Mitnahmeeffekt übersteigt damit sogar die Erhöhung des Vorjahres.

Hierbei sind im Kreishaushaltsentwurf bislang noch nicht die aus der letzten Modelrechnung – wie bei uns auch – ergebenden Verbesserungen auf Grundlage höherer eigener Schlüsselzuweisungen und weiterer Mitnahmeeffekte berücksichtigt. Der Kreis kann somit, mit noch höheren eigenen Schlüsselzuweisungen und Mitnahmeeffekten rechnen.

Für Rheine bedeutet die Kreisumlage Überweisungsträger an die Kreiskasse Steinfurt i. H. v. 32,8 Mio. € auszustellen.

Für das Haushaltsjahr 2016 werden sich voraussichtlich 8 von 24 Kommunen im Kreis Steinfurt in der Haushaltssicherung befinden. Nur vier Kommunen haben für 2015 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. 11 Kommunen hatten zum Ende 2014 ihre Ausgleichsrücklage aufgebraucht und in hohem Maß Eigenkapital verzehrt.

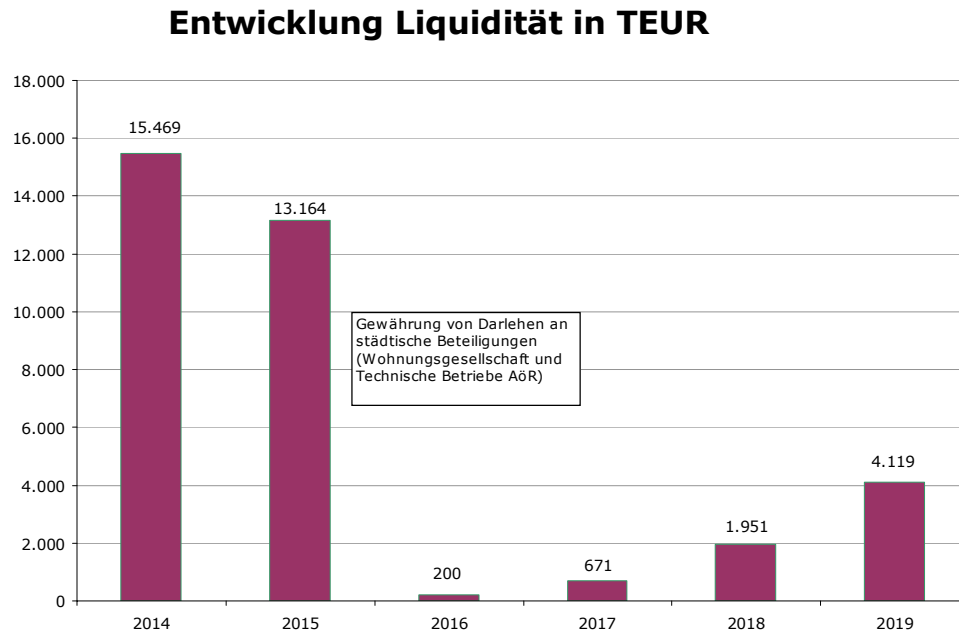
Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises Steinfurt haben gefordert, die Kreisumlage um mindestens 1%-Punkt abzusenken. Für Rheine würde jeder Prozentpunkt eine Verbesserung i. H. v. ca. 1 Mio. € bedeuten.

Personalaufwendungen

In jeder meiner Haushaltsreden habe ich auf das Damoklesschwert der Pensionslasten hingewiesen.

Derzeit zahlen wir rund 3,5 Mio. € an unsere städtischen Pensionärinnen und Pensionäre. Wir wissen schon, dass wir in rund 30 Jahren jährlich Pensionen in Höhe von rund 10 Mio. € - zu Lasten unseres Ergebnishaushaltes - an ehemalige Bedienstete ausschütten müssen. Es ist dringender denn je, hier einen Kapitalstock aufzubauen, der uns in späteren Jahren eine Entlastung des Haushaltes verspricht. Das ist unser aller Verantwortung. Wir haben daher 2014 erstmalig in Finanzanlagen zur Absicherung der Pensionen 3 Mio. € investiert. Das kann aber nur ein erster kleiner Schritt sein. Für 2016 werden wir leider keinen Finanzmittelüberschuss ausweisen können und dürfen somit keine Vorsorge für die Beamtenpensionen betreiben. Dieses ist ein besorgniserregender Zustand. Das Ziel der Pensionsabsicherung darf nicht aus den Augen verloren gehen.

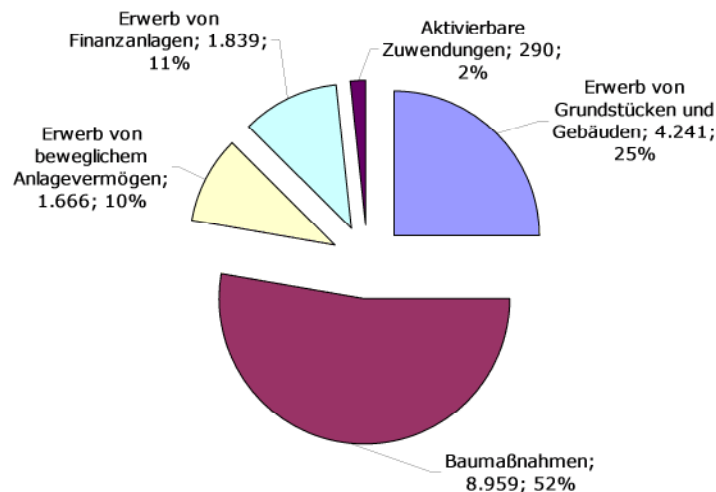
Ich möchte Sie auch bitten, die Entwicklung der liquiden Mittel in Ihre Betrachtung einzubeziehen.



Nach heutigem Stand werden wir auch das Jahr 2016 mit eigenen Finanzmitteln schultern können. Wir planen allenfalls kurzfristig die Aufnahme von Liquiditätskrediten. Dass dennoch die Liquidität auf rd. 200 Tsd. € absinkt, ist allein der Tatsache geschuldet, dass wir uns Handlungsoptionen offen halten wollen, um im Konzern Stadt z.B. der städt. Wohnungsgesellschaft oder den Technischen Betrieben bei Bedarf und je nach Möglichkeit zunächst interne Darlehen zu gewähren mit dem Ziel, die Zinslast konzernweit zu senken, bevor man sich am Kapitalmarkt bedient. Diese Zinszahlungen wollen wir gerne im Konzern belassen. Sollten wir 2016 eine Kasernenfläche ankaufen, würden wir die überschüssige Liquidität allerdings hierfür verwenden. Positiv ist dabei anzumerken, dass die der Stadt Rheine zustehenden Mittel aus dem Investitionspaket des Bundes i. H. v. rd. 4 Mio. € hier noch nicht enthalten sind. An späterer Stelle mehr zum Investitionspaket. Die Liquiditätslage der Stadt Rheine kann als geordnet bezeichnet werden.

Das nächste Schaubild zeigt die Zusammensetzung des Investitionshaushaltes:

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 2016 in TEUR



Auch 2016 wird die Stadt Rheine wieder erheblich in ihre Infrastruktur investieren. Insgesamt stehen für Investitionen rund 17 Mio. € zur Verfügung. Wir investieren also immer noch deutlich mehr wie Abschreibungen (rd. 13 Mio. €) unseren Haushalt belasten. An dieser Zahl wird deutlich, dass es nicht nur um Erneuerung in Rheine geht, sondern auch um Wachstum. Das ist positiv zu werten.

Gleichwohl muss angemerkt werden, dass jede Investition Folgekosten wie z.B. die genannten Abschreibungen und Unterhaltung produziert, die unseren Ergebnishaushalt dann belasten. Investitionen sollten daher mit Bedacht und unter Berücksichtigung von Folgekosten durchgeführt werden. Die Probleme liegen in der Regel nicht im Aufbau neuer Infrastruktur, sondern später vielmehr im Abbau nicht mehr benötigter Leistungen oder lieb gewonnener Einrichtungen. Wir sehen ja an unseren Immobilien im TaT wie schwer wir uns damit tun. Neben dem im Haushalt gesondert dargestellten Rahmenplan Innenstadt sei auf folgende Besonderheiten aber noch einmal hingewiesen:

- 1) Mit Begleitung und Unterstützung von NRW.URBAN haben wir uns auf Grundlage unserer mit der BImA abgeschlossenen Konversionsvereinbarung intensiv über Nachnutzung der Kasernen ausgetauscht. Ein Dank an dieser Stelle an NRW.URBAN. Konkret geht es jetzt im Jahr 2016 um den Ankauf der General-Wever-Kaserne. Die städtebauliche Entwicklung der General-Wever-Kaserne ist in den letzten 3 Jahren intensiv mit Landesmitteln gefördert worden. Dazu gehörte auch eine umfangreiche Bestandsaufnahme der

Bausubstanz mit dem Ergebnis, dass die Gebäude nicht mehr nachzunutzen sind und abgerissen werden müssen. Die von NRW.URBAN erstellte Bestandsaufnahme mit den dazugehörigen Entsorgungskosten ist Bestandteil der Wertermittlung zum Ankauf der Kasernenfläche durch die Stadt Rheine. Die politische Beschlusslage hat die Ankaufsverhandlungen zwingend an den Stadtentwicklungsprozess gekoppelt. Für den Stadtentwicklungsprozess wurden bereits Aufträge aus Landes- und kommunalen Mitteln in Auftrag gegeben, die noch im November umgesetzt werden. Sobald die Wertermittlung abgeschlossen ist, werden wir auch im Rahmen des weiteren Beratungsverlaufes Mittel für den Ankauf der Kaserne einbringen müssen, die bisher noch nicht im Haushalt veranschlagt sind. Unser strategisches haushaltskonformes Ziel muss es sein, von Ankauf bis zur Refinanzierung über die Vermarktung der Grundstücke eine haushaltsneutrale Abwicklung zu erreichen.

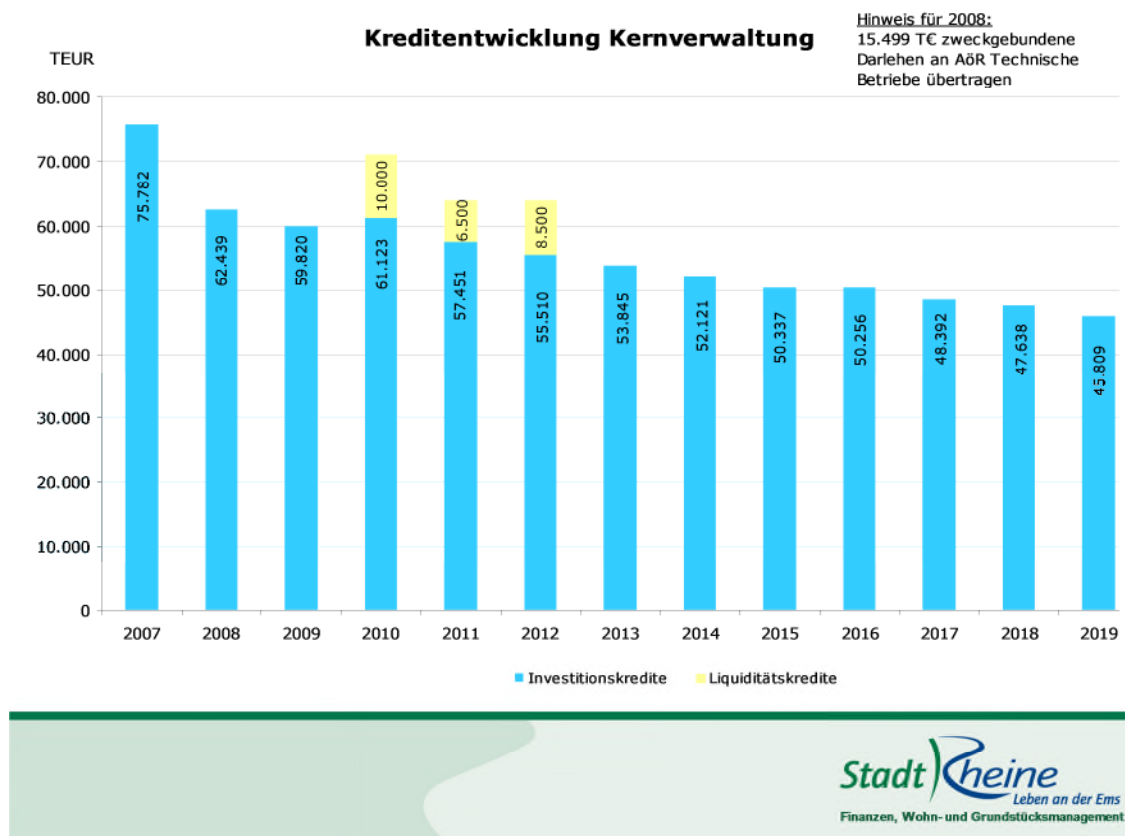
- 2) Kein Thema hat die Menschen in Europa und auch in Rheine in den letzten Monaten so bewegt wie die über uns hereinbrechende Flüchtlingswelle. Es ist unsere Aufgabe und Pflicht, Menschen in Not Hilfe zu gewähren. Gleichwohl darf nicht unerwähnt bleiben, dass diese Hilfen nicht zum Nulltarif umsetzbar sind und letztlich auch unseren Haushalt belasten. Wir wollen und werden dafür auch in 2016 Mittel, z.B. für den Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, zur Unterbringung dieser Menschen einplanen. Um es aber ganz deutlich zu sagen, ohne die Notunterkunft in der Damloup-Kaserne und deren Anrechnung auf unsere Aufnahmequote hätten wir allergrößte Schwierigkeiten, die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen in Rheine noch zu gewährleisten. Finanziell und personell hätten wir bereits jetzt alle Schwellen überschritten. Die Kostenerstattungen und Pauschalen, die das Land NRW uns gewährt, reichen bei weitem nicht aus, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Zumal im Falle geduldeter Flüchtlinge bislang keinerlei Kostenanteile übernommen werden. Die Erhöhung der Ansätze beim Kostenersatzes durch das Flüchtlingsaufnahmegesetz i. H. v. rd. 3 Mio. € ist der veränderten und vorgezogenen Stichtagsregelung geschuldet. Hier tut ein Ländervergleich gut, um zu schauen, wo wir in NRW bei der Kostenerstattung stehen und das ist leider nicht vorne. Positiv sei vermerkt, dass es Signale aus Berlin und Düsseldorf gibt, für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen bei den Kommunen zu sorgen und es z.B. künftig auch für geduldete Flüchtlinge eine Kostenerstattung geben soll.
- 3) Politik und Verwaltung wollen das Projekt Bürgerwindpark in Rheine unterstützen. Wir haben auf der Investitionsseite einen Betrag i. H. v. rd. 750 Tsd. € zur Beteiligung an den Bürgerwindparkgesellschaften bereitgestellt. Voraussetzung hierfür ist eine werthaltige Beteiligung, die es uns ermöglicht, im Rahmen der Wirtschaftsplanung eine Refinanzierung sowie idealerweise einen zusätzlichen Beitrag zum Haushalt abzuliefern. Bei diesem Projekt kann Klimaschutz und eine hoffentlich künftig – durch andere Einnahmequellen – von Steuerzahlungen und Schlüsselzuweisungen unabhängige Finanzierung des Haushaltes erreicht werden.
- 4) Das Land NRW hat das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beschlossen. Hiernach erhält die Stadt Rheine 4.068.733 € aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln. An Eigenanteilen sind 10 %, rd. 407 Tsd. €, aufzubringen. Gefördert werden längerfristige Investitionen in den folgenden Bereichen:

Schwerpunkt Infrastruktur Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur

Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung und Drucklegung war die Höhe der möglichen Förderung noch mit Unsicherheiten behaftet. Wir haben dieses Geld somit als vorsichtige Kaufleute noch nicht im Entwurf einplanen können. Förderkonform sollen diese Mittel – soweit machbar - zur Defizitverringierung im Ergebnishaushalt eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen bereits veranschlagte Investitionsvorhaben damit durchfinanziert werden. Nur so erhalten wir eine tatsächliche Haushaltsentlastung.

Die Verwaltung erstellt eine Vorschlagsliste für Maßnahmen, die am 15. Dezember im Rat eingebracht werden soll.

Wie entwickeln sich nun 2015 die Kreditverpflichtungen der Stadt Rheine?



Wir werden auch 2016 unsere Kredite um die planmäßige Tilgung in Höhe von rund 1,8 Mio. € zurückführen können. Die Kredite der Kernverwaltung werden sich zum 31.12.2015 auf 50,3 Mio. € belaufen. Die anhaltende Tilgung unserer Kredite macht sich auch im niedrigeren Zinsaufwand bemerkbar. Das gibt zusätzliche Luft zum Atmen.

Rein rechnerisch ergibt sich jedoch ein neuer Kreditbedarf für Investitionskredite 2016 i. H. v. rd. 1,7 Mio. €. Hier müssen wir die Liquiditätsentwicklung abwarten, ob wir diese Ermächtigung auch umsetzen müssen. Es wird – Stand heute - jedoch keine Nettoneuverschuldung geben.

Die Kredite unserer rechtlich selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechtes TBR – Stand am 31.12.2014 = 34,8 Mio. € - sind in dieser Betrachtung nicht enthalten.

Fazit zum Haushaltsplan 2016

Mit dem vorgelegten Haushalt können wir auch 2016 viele wichtige Maßnahmen umsetzen, Infrastruktur vorhalten oder die vielschichtigen Institutionen und Einrichtungen, die zum Gemeinwohl in unserer Stadt beitragen, unterstützen.

Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Haushalt im Wege des Vermögensverzehr finanziell zu Lasten künftiger Generationen geht. Der Weg zur Haushaltssicherung und Überschuldung ist rechnerisch absehbar.

Zusammenfassend lässt sich sagen:

Was macht uns weiterhin große Sorgen:



- Das vorhandene strukturelle Defizit in Höhe von **-8,3 Mio. €**
(Das Ziel „1. Reduzierung des strukturellen Defizits“ wird deutlich verfehlt)
- Der fortschreitende Eigenkapitalverzehr in Höhe von **-117 Mio. €** seit 2006
(Umstellung NKF)

Die positiven Seiten zum Haushalt 2016 in Kürze:



- Keine Netto-Neuverschuldung
- Alle geplanten Investitionen können umgesetzt werden
- Keine Kürzung bei den freiwilligen Aufgaben
- Keine Anhebung der Realsteuern

Ich möchte mich zum Abschluss noch einmal recht herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen und Organisationseinheiten und insbesondere bei Herrn Wullkotte und seiner Mannschaft für die gute Unterstützung zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes bedanken. Herzlichen Dank!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen gute und erfolgreiche Beratungen.